

heraufbeschwört, betonen die SED und die KPdSU die besondere Verantwortung der Staaten auf dem europäischen Kontinent. Nur die Bekräftigung und Erweiterung der Formen der friedlichen Zusammenarbeit, nur der Weg von Helsinki führen zu ruhigen und fruchtbaren Beziehungen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas. Bei der Lösung der Probleme der europäischen Sicherheit könnte die BRD eine spürbarere Rolle spielen. Ihre gutnachbarlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, einschließlich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, werden gefährlich von der Absicht bedroht, Hunderte neuer amerikanischer Nuklearraketen auf westdeutschem Boden zu stationieren.

Das Politbüro und der Ministerrat unterstützen voll und ganz die beharrlichen Anstrengungen der Sowjetunion, in den Verhandlungen mit den USA in Genf über eine Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa und der strategischen Rüstungen als Ganzes zum Erfolg zu gelangen. Die sowjetischen Vorschläge bei diesen Verhandlungen eröffnen eine reale Möglichkeit, die Rüstungen beträchtlich zu reduzieren. Erneut bekräftigt die Sowjetunion ihre Bereitschaft, Europa von allen Arten nuklearer Waffen zu befreien, das heißt, zu einer echten Null-Variante zu gelangen. Die Bürger der DDR solidarisieren sich mit den von Leonid Breschnew unterbreiteten Initiativen zur Abwendung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges, zum Abbau der Kernwaffenarsenale, mit dem konstruktiven Herangehen der Sowjetunion an die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Entschiedene Verurteilung verlangen die blutigen Verbrechen Israels an dem arabischen Volk von Palästina, an Libanon, an Syrien, an allen Opfern des Aggressors. Israel, das die direkte Unterstützung und Billigung Washingtons genießt, muß zur Ordnung gerufen und gezwungen werden, die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates zu erfüllen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind für die Entwicklung normaler freundschaftlicher Beziehungen zur Volksrepublik China. Wie auf dem Treffen eingeschätzt wurde, ist die Außenpolitik der VR China leider noch immer gegen die gemeinsamen Interessen der sozialistischen Gemeinschaft gerichtet. Die Abkehr Chinas von den hegemonistischen Zielen in der Politik könnte Voraussetzungen schaffen für eine wirksame Teilnahme am Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Festigung des Weltfriedens. Dies würde auch den Lebensinteressen des chinesischen Volkes selbst entsprechen.

Das Politbüro und der Ministerrat erklären, daß die SED und die DDR weiterhin aktiv dazu beitragen werden, die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft zu festigen und das Zusammenwirken aller Friedenskräfte zu stärken, um der Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der Völker durch den Konfrontationskurs der USA Einhalt zu gebieten.